

Praktische Umsetzung der E-Government Strategie in der Landesverwaltung - Ein Erfahrungsbericht

Erwin Weitlaner, Daten-Verarbeitung-Tirol GmbH

17. Mai 2005

Zusammenfassung

Dieser Artikel beschreibt die Komponenten und die zugrunde liegenden technischen Konzepte, die derzeit (Juni 2005) zur Umsetzung von E-Government Projekten beim Amt der Tiroler Landesregierung zum Einsatz kommen. In Abschnitt 1 wird die System- und Software-Architektur der eingesetzten E-Government Bausteine dargestellt, Abschnitt 2 veranschaulicht die Umsetzung der Konzepte anhand eines praktischen Beispiels und Abschnitt 3 enthält eine exemplarische Auflistung von Themen, die im Bereich Software Entwicklung für E-Government beim Amt der Tiroler Landesregierung geplant sind.

Ziel des vorliegenden Artikels ist lediglich die Darstellung der aktuell vorhandenen Implementierungen und deren Einsatzmöglichkeiten. Inwieweit eine Kombination dieser gezeigten Komponenten für ein konkretes Verfahren aus wirtschaftlichen bzw. rechtlichen Gesichtspunkten möglich und sinnvoll ist, ist jeweils für jedes Verfahren zu prüfen.

Im vorliegenden Dokument wurde für eine bessere Lesbarkeit auf geschlechtsneutrale Formulierungen verzichtet. Begriffe wie Bürger, Antragsteller, Benutzer etc. richten sich demnach an beide Geschlechter.

1 E-Government Bausteine

Die IT-Infrastruktur zur Abwicklung durchgängiger E-Government Verfahren, wie sie beim Amt der Tiroler Landesregierung für diesen Zweck aufgebaut wird, ist in Abbildung 1 als UML Verteilungsdiagramm schematisch dargestellt. Die dargestellten Komponenten werden in den folgenden Abschnitten kurz beschrieben.

1.1 Formular Service

Dieser Baustein bietet die Möglichkeit sämtliche, für ein Verfahren notwendige Daten zu erfassen. Das Formular Service soll dabei einerseits den Vorgaben des E-Government Styleguides und den Vorgaben des Eingangsprotokolls genügen, andererseits soll die Eingabe durch Vorschlag zentral erfasster Daten (z.B. Melde- oder Adressdaten) bzw. vorangegangener Eingaben möglichst unaufwändig gestaltet werden. Nach erfolgter Erfassung kann der Bürger die

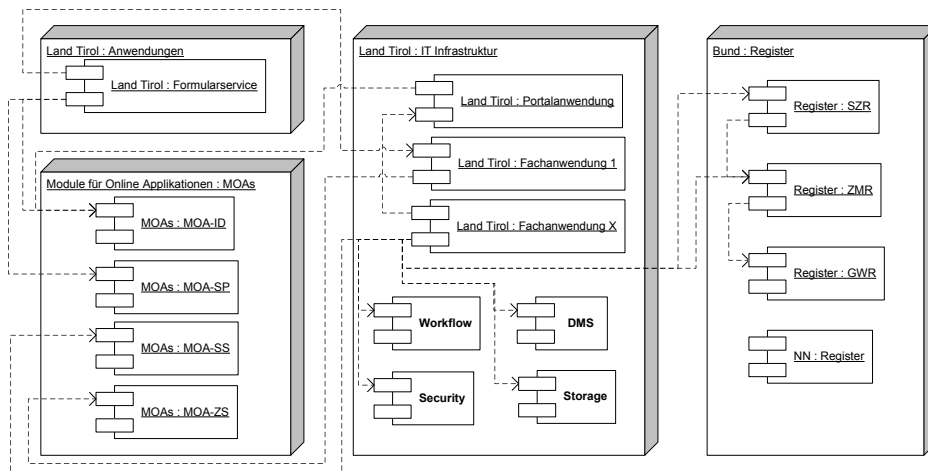


Abbildung 1: Verteilungsdiagramm E-Government Infrastruktur Land Tirol

Daten signieren und übermitteln. Das Formular Service protokolliert den Eingang und antwortet mit einer Empfangsbestätigung. In weiterer Folge werden die eingegebenen Daten auf Behördenseite als Antrag (konform zum Schema für Antragsdaten (xml-a) [Lue03]) gespeichert und an die zuständige Stelle bzw. Applikation zur weiteren Verarbeitung weitergeleitet.

1.2 Module für Online Applikationen

Die Module für Online Applikationen (MOA) kommen als zentrale Komponenten an unterschiedlichen Stellen im Verfahren zum Einsatz. Das Modul MOA-ID wird zur Authentifizierung und damit implizit zur Erstellung von bereichsspezifischen Personenkennzeichen (bPK) verwendet, die Module MOA-SP und MOA-SS zum Erstellen und Prüfen von Signaturen und das Modul MOA-ZS zur abschließenden Zustellung.

1.3 Zentrale Register

Zum derzeitigen Zeitpunkt sind das zentrale Melderegister (ZMR) und das Stammzahlenregister (SZR) die wichtigsten Vertreter einer steigenden Anzahl zentraler Komponenten, die für durchgängige E-Government Prozesse einen wichtigen Beitrag leisten können. Insbesondere kann, alternativ zur Erstellung über die Bürgerkarten-Umgebung, mithilfe des Stammzahlenregisters das bereichsspezifische Personenkennzeichen ermittelt werden. Dieser Schlüssel dient in weiterer Folge als das zentrale Element zur Identifikation und als eindeutiges Merkmal für den jeweiligen Verfahrensbereich. Zusätzlich können Informationen aus dem zentralen Melderegister nach erfolgter Authentifizierung zur Ausfüllunterstützung verwendet werden.

1.4 IT Infrastruktur der Behörde

Auf Behördenseite erfordern durchgängige Verfahren im Allgemeinen ein hohes Maß an EDV Unterstützung. Dazu werden beim Amt der Tiroler Landesregie-

rung Fachapplikationen mit Dokumenten-Management u. Workflow-Komponenten kombiniert, um die Verfahren konform zu den gesetzlichen und organisatorischen Vorgaben abwickeln zu können. Da unterschiedliche Behörden involviert sein können, werden Berechtigungen für diese Applikationen über das Portal Tirol verwaltet (Vergabe erfolgt mithilfe einer Anwendung zur dezentralen Benutzerverwaltung). Natürlich besteht auch aus diesen Applikationen heraus die Möglichkeit auf andere Komponenten der Architektur (speziell Register u. MOAs) über Web Service Schnittstellen zugreifen zu können. Im Standardablauf wird am Ende des Verfahrens ein Bescheid erzeugt, der den Vorgaben der XML Struktur für elektronische Bescheide (xml-eb) [NLR04] genügt und der dem Antragsteller über das Modul MOA-ZS zugestellt wird.

Logischerweise müssen viele vorhandene Applikationen, die Teil derartiger Prozesse werden sollen, erst an diese neuen Gegebenheiten angepasst werden, da bei deren Konzeption die E-Government Strategie noch nicht existiert hat.

1.5 Anmerkungen

Neben der gezeigten Infrastruktur bedarf es noch einer Reihe weiterer Komponenten, die beispielsweise das Auffinden von Leistungen und zugehörigen Formularen, Einsichtnahme in laufende Verfahren, Mehrparteienverfahren, das Abhandeln von abweichenden Konstellationen (z.B. kein Eintrag im Melderegister, Bevollmächtigungen) etc. abbilden können. Unter der Voraussetzung, dass für die Implementierung ein modularer Aufbau gewählt wurde, lassen sich solche Komponenten einfach integrieren und die Architektur bleibt anpass- und erweiterbar.

2 Fallbeispiel - Mietzins- und Annuitätenbeihilfe

Das gewählte Beispiel dient zur Veranschaulichung der derzeit vorhandenen Möglichkeiten. Das dargestellte Verfahren ist derzeit (noch) nicht online aufrufbar.

2.1 Verfahrensbeschreibung

Das Land Tirol gewährt jenen Personen, die die dafür vorgesehenen Voraussetzungen erfüllen eine Mietzins- und Annuitätenbeihilfe. Im Jahr 2004 wurden im Rahmen dieser Förderung ca. 10000 Anträge positiv erledigt. Die gewährte Unterstützung wird in 12 Raten ausbezahlt. Bei der Abwicklung dieser Förderung ist einerseits die Wohnsitzgemeinde und andererseits die auszahlende Bank involviert. Zur Erlangung einer Förderung sind folgende Daten vom Förderungswerber anzugeben:

- Persönliche Angaben des Antragstellers (Name, Beruf, Bankverbindung, Einkommen, Familienstand, Staatsbürgerschaft, weitere Beihilfen)
- Angaben zu den Wohnung (Besitzer, Adresse, Größe, Anzahl Zimmer, Miete, Betriebskosten)
- Angaben zu den Wohnverhältnissen (Mitbewohner, Beruf, Einkommen)

- Beilagen (Jahreslohnzettel, Einkommenssteuerbescheid, weitere Bezugsnachweise, Nachweis von Unterhaltszahlungen, Mietvertrag)

2.2 Implementierung

Das durchgängige elektronische Verfahren der Gewährung einer Mietzins- und Annuitätenbeihilfe ist in Abbildung 2 dargestellt. Die Arbeitsschritte bis einschließlich Eingangsprotokoll werden dabei durch das Formular Service bereitgestellt (siehe Abschnitt 2.2.1), das Fachinformationssystem verarbeitet die eingegebenen Daten und bedient sich der Module MOA-SS zur Erstellung der Amtssignatur und MOA-ZS für die Zustellung (siehe Abschnitt 2.2.2 und Abschnitt 2.2.3).

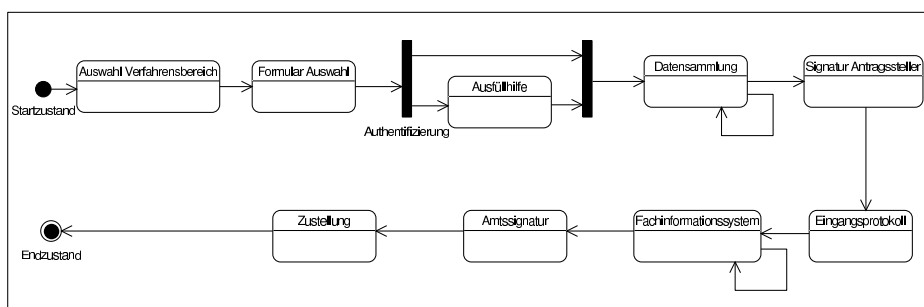


Abbildung 2: Zustandsdiagramm Mietzins- und Annuitätenbeihilfe

2.2.1 Mietzins- und Annuitätenbeihilfe Formular

Das Formular Service bietet zur Abwicklung dieses Verfahrens ein mehrseitiges Formular, das alternativ auch eine Authentifizierung des Bürgers unterstützt. In diesem Fall liefert das Modul MOA-ID das bereichsspezifische Personenkennzeichen des Antragstellers für den Verfahrensbereich Bauen und Wohnen. Mit dieser Information können folgende Daten als Ausfüllhilfe zur Verfügung gestellt werden:

- **Meldedaten** - Das Zentrale Melderegister bietet ein Web-Service, wo für ein gegebenes bPK die aktuellen Meldedaten ermittelt werden. Aus technischer Sicht wäre es auch möglich, alle weiteren an dieser Adresse gemeldeten Personen aus dem ZMR abzufragen und die entsprechenden Formularfelder vorzubefüllen.
- **Fachdaten** - Falls der Bürger vormals ein Verfahren im selben Verfahrensbereich durchgeführt hat, können Daten die dort gespeichert sind (beispielsweise Bankverbindungen, Einkommenshöhen etc.) als aktuell gültige Werte vorgeschlagen werden. Im konkreten Verfahren sind dies die Bankverbindung des Antragstellers, die beim vorherigen Antrag angegebene Höhe des Einkommens und die Angaben zu den Mitbewohnern.

Da im gegenständlichen Fall auch Beilagen anzuschließen sind, bietet das Formular die Möglichkeit diese als gescannte Dokumente anzufügen.

Sobald die Daten erfaßt wurden, kann der Antragsteller den Antrag signieren

und an die Behörde übermitteln. Das Formular Service übernimmt in der gezeigten Infrastruktur schließlich noch die Aufgabe, den Eingang der Formulardaten zu protokollieren, diese mit einer Amtssignatur zu versehen, und die Antragsdaten an das Fachinformationssystem weiterzuleiten. Als Antwort wird dem Bürger eine vom Amt signierte Empfangsbestätigung übermittelt.

2.2.2 Fachinformationssystem

Im konkreten Fall existiert ein Fachinformationssystem, das den zuständigen Sachbearbeiter über neu eingelangte Anträge informiert, und die Funktionalität zur Abwicklung der Förderung zur Verfügung stellt. Da unterschiedliche Behörden (Wohnsitzgemeinde, Bezirkshauptmannschaften und die Abteilung des Landes) zuständig sind, erfolgt der Zugriff über das Portal Tirol. Die Förderung wird im Fachinformationssystem unterschiedlichen Prüfungen unterzogen und erreicht nach dem Durchlauf der vorgesehenen Arbeitsschritte schließlich den Status abgelehnt bzw. zugesagt. Dieses Ergebnis wird in Form eines elektronischen Bescheides [NLR04] an die Zustellung weitergereicht werden.

2.2.3 Zustellung

Die Zustellung von Bescheiden bzw. Schriftstücken für Antragsteller, die eine elektronische Zustellung wünschen, erfolgt über die Komponente MOA-ZS. Antragsteller, die nicht bei einem Zustelldienst registriert sind, erhalten ihren Bescheid über den Postweg.

3 Nächste Schritte

Wie schon an mehreren Stellen erwähnt, bedarf es weiterhin großer Anstrengungen um das Ziel, einen Großteil der Verfahren durchgängig elektronisch abwickeln zu können, zu erreichen. Die DVT plant gemeinsam mit dem Amt der Tiroler Landesregierung im Bereich E-Government weiterhin einen Schwerpunkt zu setzen, wobei einige der nächsten Schritte, die im Bereich der Softwareentwicklung geplant sind, hier exemplarisch aufgezählt werden:

- Auf- bzw. Ausbau der generischen Web-Service Kommunikation mit zentralen Registern (SZR, AdressGWR und andere)
- XSLT Transformationen von Antrags- und Bescheiddaten auf die von der Kommunikationsarchitektur vorgegebenen Schemata.
- Aufbau einer allgemeinen Applikation zur Abfrage von Verfahrenszuständen mit Bürgerkartenauthentifizierung.
- Implementierung eines Dokumenten-Management-Systems konform zum EdiAkt II Standard.
- Anpassung von Legacy Applikationen auf Authentifizierung mittels Bürgerkarte und bereichsspezifischem Personenkennzeichen.

Glossar

bPK	bereichsspezifisches Personenkennzeichen, 2
MOA	Module für Online Applikationen, 2
MOA-ID	MOA Identitätsprüfung, 2
MOA-SP	MOA Signaturprüfung, 2
MOA-SS	MOA Server-Signatur, 2
MOA-ZS	MOA Zustell-Service, 2
SZR	Stammzahlenregister, 2
xml-a	XML Strukturen für Antragsdaten, 2
xml-eb	XML-Spezifikation des elektr. Bescheids, 3
ZMR	Zentrales Melderegister, 2

Literatur

- [Lue03] Gottfried Luef. *XML Strukturen für Antragsdaten*. AG-Kommarch, CIO des Bundes, Operative Unit, 09 2003.
- [NH04] Larissa Naber and Arno Hollosi. *XML Spezifikation Person Data*. AG-Kommarch, CIO des Bundes, Operative Unit, 10 2004.
- [NLR04] Larissa Naber, Udo Linauer, and Peter Reichstädter. *XML-Spezifikation der Datenstruktur für den elektronischen Bescheid*. AG-Kommarch, CIO des Bundes, Operative Unit, 09 2004.